

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	19. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	15. Dezember 2015, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

12.

Punkt 11 der Tagesordnung: Vorhabenbezogener Bebauungsplan (Vorhaben- und Erschließungsplan) „An der Ochsenstraße, 1. Änderung“, Karlsruhe-Stupferich:

Einleitungs- und Auslegungsbeschluss

Vorlage: 2015/0718

dazu:

Ergänzungsantrag des Stadtrats Jürgen Wenzel (FW) vom 14. Dezember 2015

Vorlage: 2015/0742

Maßnahmen zur Vermeidung von Vogelschlag

Änderungsantrag der Stadträtinnen Bettina Lisbach und Renate Rastätter, des Stadtrats Johannes Honné (GRÜNE) sowie der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion vom 14. Dezember 2015

Vorlage: 2015/0743

Beschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt die Einleitung des Verfahrens zur Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „An der Ochsenstraße, 1. Änderung“, Karlsruhe-Stupferich.
2. Auf der Grundlage der dazu gemäß § 13 a Abs. 2 und 3 bereits erfolgten Verfahrensschritte ist das Verfahren mit der Auslegung des Bebauungsplanentwurfs gemäß § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) fortzusetzen.

Der Auslegung ist grundsätzlich der Bebauungsplanentwurf vom 31.08.2015 in der Fassung vom 30.10.2015 zugrunde zu legen. Änderungen und Ergänzungen, die die Grundzüge der Planung nicht berühren, kann das Bürgermeisteramt noch in den Bebauungsplanentwurf aufnehmen und zu diesem Zweck ggf. die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfs wiederholen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 11 zur Behandlung auf:

Da gibt es Änderungsanträge von den Freien Wählern und von den Grünen. Damit wir alle wissen worum es geht, darf ich Frau Prof. Dr. Karmann-Woessner kurz um einen Sachstandsbericht bitten.

Frau Prof. Dr. Karmann-Woessner: Es geht um einen Bebauungsplan, den wir in kürzester Zeit hier für die Erweiterung der Firma PI Physik Instrumente ausgearbeitet haben und für den wir Sie heute auch um den Auslegungsbeschluss bitten. Die beiden Änderungsanträge, die Herr Dr. Mentrup gerade angesprochen hat, beziehen sich auf den Vogelflug bzw. das Vogelschlagrisiko aufgrund der großformatigen Scheiben in diesem Projekt. Es liegt, das ist Ihnen allen bekannt, im Teilort Stupferich, ganz nah zur Autobahn zur Anschlussstelle Karlsbad, hier in Erweiterung der bestehenden Anlage. Hier noch einmal eine Luftaufnahme, die die Nähe zur Autobahn darstellt. PI hat vor, dies als einen ersten Bauabschnitt zu realisieren und dann in weiteren Bauabschnitten nochmal eine neue, ich sage gerne immer dreidimensionale, Visitenkarte an der Autobahn mit einer zweiten Erweiterung ihres Unternehmens, was weltweit stark expandierend und international tätig ist, zu realisieren. Wir haben einen Flächennutzungsplan, der diesen Bereich abdeckt, auch in seiner Entwicklung in einem Gewerbegebiet.

Sie sehen hier nochmal die Lage, abgegrenzt der erste Bauabschnitt, der zur Diskussion steht, in rot. Die Planung beinhaltet Labors und Büros. Dieser eine große Abschnitt, den Sie hier sehen, dieser große Teilbereich, ist eine Art Fortbildungszentrum, auch ein innenliegender Hörsaal. Diese Grundrisskonzeption bedingt auch eine veränderte Fassadengestaltung der Firma, auch die Änderung des Hauptzugangs hier. Hier ist die Fassadengestaltung mit der großen zusammenhängenden Öffnung. An der unten liegenden Fassadenabwicklung sehen Sie, dass das eher eine klassische Labor- oder Bürofassade war, die horizontal gegliedert war durch geschlossene Teile und Fensteranteile und hier sich die Firma neu präsentiert mit diesem großen geöffneten Fassadenanteil, vor dem einerseits Bäume stehen, aber natürlich auch die dahinter liegende funktionale Grundrissgestaltung widerspiegelt. Das sind die Seitenansichten, die hier weniger zur Diskussion stehen und weniger auch Grund für den Antrag sind.

Der erste Bauabschnitt stockt unmittelbar an das vorhandene Büro- und Laborgebäude, den Firmenkomplex der Firma PI, an. Im zweiten Bauabschnitt, der hier noch einmal so groß umrissen ist, wäre die Erweiterungsfläche, für die wir aber gemeinsam mit der Firma PI einen so genannten Masterplan entwickeln wollen. Es ist eine sehr prägnante Lage an der Autobahn, wie ich eingangs schon dargestellt habe, die auch weithin sichtbar ist im Landschaftsraum.

Es sind zwei Fragestellungen auftreten im Verfahren. Das eine waren die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, die hier ursprünglich zwischen den beiden Gebäudeteilen zu liegen kommen sollten, weil der ursprüngliche Bebauungsplan nämlich nicht von einem so großen expandierenden Unternehmen ausgegangen ist, sondern davon, dass diese Fläche an zwei unterschiedliche Firmen veräußert wird und damit hier auch eine Zäsur lag, in der die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zum liegen kommen sollten. Die hat man reduziert. Sie sehen, dass dieser erste Bauabschnitt direkt in Verbindung liegt und hat dann im rückwärtigen Bereich in Abstimmung mit dem Unternehmen eine Fläche reduzieren können, die dann wieder summarisch die notwendigen Ausgleichs- und Ersatzflächen ergibt. Soweit zum Sachstand.

Der Vorsitzende: Ich weise noch auf die beiden Stellungnahmen der Verwaltung zu den Änderungsanträgen hin, die Ihnen einerseits darstellen, dass diese Fragen im Laufe der nächsten zwei Jahre noch sehr intensiv geklärt werden und daraus erforderliche Veränderungen dann in die Planung bzw. Genehmigung aufgenommen werden, und dass eine Festlegung derzeit aus unserer Sicht gar rechtswidrig wäre und wir Ihnen deswegen zu einer anderen Vorgehensweise dieses in der Tat zugegebenermaßen noch nicht geklärten Themas raten. Dann können wir in die Diskussion einsteigen. - Herr Stadtrat Brenk.

Stadtrat Brenk (CDU): Was wollen wir eigentlich in Karlsruhe - Gewerbe fördern oder wollen wir Gewerbe verhindern? Was muss ein Unternehmen noch alles tun, machen und erfüllen, damit es hier in Karlsruhe ansässig werden kann? Wollen wir überhaupt noch ein Unternehmen hier? Wollen wir bestehende Unternehmen verärgern? Wollen wir bestehende Unternehmen wie die PI unter Umständen von Karlsruhe weg jagen? Wollen wir noch Gewerbesteuer? Wir haben vorhin gehört, uns fehlen 88 Millionen. Warum fehlen uns 88 Millionen? Die Umlandgemeinden haben die Gewerbesteuer ganz einfach eingesammelt. Wir müssen aber unseren Haushalt für die nächsten Jahre decken. Nur mit was wollen wir ihn decken?

Aber nun zu PI. Wo liegt eigentlich PI? PI soll zwischen zwei Streuobstwiesen liegen laut NABU, Grünen und Freien Wählern. Ich frage mich, wo diese Streuobstwiesen sind. Im Osten, 50 m entfernt, haben wir die Bundesautobahn, im Westen die Zufahrtsstraße zu Palmbach, angrenzend ein Gewerbegebiet Ochsenstraße, im Süden den BAB-Anschluss mit dem ganzen Anschlussgetöns, mit dem Park-and-ride-Platz, einen vier- bis sechsspürigen Ausbau der Kreisstraße zwischen Stupferich und Waldbronn. Und im Norden, was haben wir dort: das Gewerbegebiet Ochsenstraße. Ich war eine halbe Stunde unterwegs und habe dort die Streuobstwiesen gesucht. Ich habe sie nicht gefunden.

Meine Damen und Herren, da ist nur abgeschrieben worden. Was mich ärgert, dass von den Fraktionen hier beim NABU nur abgeschrieben worden ist. Diese Einwände entbehren jeder Sachlichkeit. Für Vögel soll das Gebäude ein massives Hindernis darstellen. Meine Damen und Herren, die Bundesautobahn im Osten liegt 5 m höher, hat dazu noch mal weit über 6 m hohe Lärmschutzwände. Im Norden haben wir ein Gewerbegebiet, liegt auch 3 bis 4 m höher. Die Bebauung folgt noch. Letzten Endes liegt das Gebiet von PI in einer Talsohle. Welche Vögel sollen da gefährdet sein. Was wollen wir eigentlich? Hat sich eigentlich jemand mal darüber Gedanken gemacht, wenn wir eine solche Vogelschutzverglasung anbringen, dann würde das für PI einen Mehraufwand von weit über 250.000 Euro bedeuten. Diese Summe ist einem Unternehmen nicht mehr zuzumuten. Unseres Erachtens ist dieses vereinbarte Monitoring zwischen Stadt und der Firma PI weit hinreichend, also vollkommen ausreichend. Die CDU-Gemeinderatsfraktion folgt deshalb dem Vorschlag der Verwaltung.

Stadtrat Zeh (SPD): Wir als Sozialdemokraten sind auf jeden Fall froh, dass wir ein so modernes Unternehmen da oben an der Autobahn haben. Es besteht auch schon ein Bebauungsplan, bei dem jetzt eine adäquate Änderung gegenüber dem ursprünglichen Bebauungsplan da ist. Frau Karmann-Woessner hat es bereits gesagt. Wir sind jetzt bei der Auslegung eines Bebauungsplans. Herr Brenk, ich halte die Unternehmen auch durchaus für intelligent. So eine Glasfassade muss heute wegen des Klimas u. Ä. ganz

besondere Fenster haben, damit es sich nicht aufwärmt wie im Treibhaus. Ich gehe zunächst auch davon aus, dass die Firma PI da auch nachdenkt. Ich muss zugeben, es ist im Prinzip nicht nur der NABU, das natürlich sicherlich dazu geführt hat, dass die beiden Änderungsanträge da sind, es ist aber auch die städtischen Dienststelle, wenn Sie die Vorlage gelesen haben, Herr Brenk. Bei der Stellungnahme der technischen Ämter, Seite 7, Umwelt- und Arbeitsschutzbericht, da steht im Prinzip das gleiche oben drin, dass auf Vogelschutz hier entsprechend geachtet werden muss. Da steht auch das Monitoring drin. Wenn man irgendwas mal gemacht hat, dass man das auch beibehält und nicht hinterher die Glasfenster austauscht. Der Architekt muss natürlich von vornherein daran denken, es sich überlegen. Es ist klar, da stimme ich dem NABU zu, im Sinne des Natur- und Artenschutzes genügt es hier nicht, dass man eine Schattensilhouette anbringt und meint, dass sich dadurch die Vögel abhalten lassen, sondern die brauchen senkrechte Streifen. Das ist zumindest wissenschaftlich erwiesen, juristisch ist es anscheinend noch ein bisschen hinterher hinkend. Von daher kann ich die Argumente, die von unserer städtischen Dienststelle vorgebracht wurden, auf jeden Fall nachvollziehen. Der Vorhabenträger oder Architekt sollte das auch entsprechend berücksichtigen. Es gibt aber auch juristische Einwände.

Deshalb werden wir als SPD-Fraktion dem Auslegungsbeschluss, wir sind ja jetzt gerade bei der Einleitung des Verfahrens, so einfach zustimmen. Ich gehe davon aus, dass der BUND diese Anregungen auch nochmals einbringt. Im Prinzip würden wir es auch unterstützen, so dass wir es als Gemeinderat auch einbringen, ohne dass wir es heute formal beschließen. Dem Architekten sollte man es als Denkaufgabe mitgeben, wenn er das Gebäude plant. Für mich gehört ein Fenster eher zum tatsächlichen Detail, das kann man jederzeit austauschen, nicht zu einem Bebauungsplan, sondern eher dann zur Durchführung. Ein vernünftiger Architekt bedenkt das alles. Deshalb bin ich hoffnungsfroh, dass das Gebäude auch den Vogelschlag entsprechend von vornherein berücksichtigt und es nicht erst im Nachhinein gemacht wird. Deshalb stimmen wir heute dem Grünen-Ergänzungsantrag so nicht zu, auch wenn wir ihn begrüßen, sondern lassen die Vorlage dementsprechend direkt auslegen.

Stadträtin Lisbach (GRÜNE): Gegen diese geplante Erweiterung der Firma spricht im Grundsatz natürlich gar nichts. Wir wollen die auch gerne hier in Karlsruhe erhalten und sie soll sich auch erweitern können. Die Baufläche ist auch bereits als Gewerbefläche vorgesehen und ist im Besitz des Trägers. Von dem her ist das alles recht unproblematisch. In allen vorherigen Verfahrensschritten haben wir dem auch zugestimmt. Trotzdem meinen wir, weil jetzt einfach neue Aspekte hinzugekommen sind, auf die uns einmal die Vorlage aufmerksam gemacht hat, aber eben auch die Naturschutzverbände - und in der Tat war das auch nicht nur der NABU, sondern auch andere -, dass hier Änderungen notwendig und erforderlich sind, weil diese geplanten großflächigen Glasfassaden für Vögel da eine Gefahr darstellen.

Ich war vor ein paar Wochen da oben zum spazieren gehen. Ich weiß jetzt auch nicht mehr genau, wo die Streuobstwiesen liegen, aber dass da oben Obstbaumreihen stehen, weiß ich noch ganz genau. So Vögel fliegen halt mal auch ein paar Meter weit. Von dem her ist dort auf jeden Fall mit Vogelflug zu rechnen. Der Gewerbebetrieb hat deswegen auch heute schon solche Vogelsilhouetten auf seinen Fenstern kleben. Das hat sicher auch seinen Grund, auch wenn die eben nicht so wirksam sind wie sie eigent-

lich sein sollten. Wir meinen, dass man hier einfach nach dem Vorsorgeprinzip vorgehen sollte. Das ist im Grunde auch das, was Umweltamt und ZJD uns hier empfehlen. Gerade auch der ZJD meint, dass die Problematik mit Vermeidungsmaßnahmen beherrschbar sei. Deswegen macht es keinen Sinn, so ein Ding mit Glasfassaden zu planen und zu bauen und nach zwei Jahren wieder ganz anders zu machen. Gerade das wäre doch unglaublich teuer für so ein Unternehmen. Von dem her macht es gar keinen Sinn, jetzt einfach die Planung so weiterlaufen zu lassen, dann zu beobachten, da werden jetzt doch viele Vögel getötet so wie das läuft, und jetzt müssen wir alles wieder neu gestalten. Das kann doch hier wirklich kein sinnvolles Vorgehen sein.

Das entspricht auch dem, was der Gutachter und was das Umweltamt sagt. Wenn die Antwort der Verwaltung ist, dass es so nicht rechtssicher möglich ist, eine Festlegung zu machen, dann wird man wohl einen rechtssicheren Weg finden, auch zusammen mit dem Vorhabenträger das so zu regeln, dass jedenfalls hier nach dem Vorsorgeprinzip vorgegangen wird, dass die Gefahren für die Vögel hier ausgeschlossen sind und wir einfach eine vernünftige Planung hinbekommen, die dann auch langfristig tragfähig ist.

Insofern möchte ich unseren Antrag heute schon abstimmen lassen, auch als eine Absichtserklärung des Gemeinderates, dass sich hier in der Planung etwas verändert. Wir würden, je nachdem wie die Abstimmung ausgeht, uns entweder zu diesem VEP enthalten in der Hoffnung, dass dann eine Änderung bis zur Satzung kommt, oder wir würden zustimmen, wenn unser Antrag so durchgeht.

Eine andere Anregung des Umweltamtes möchte ich noch aufgreifen, dass man sich hier auf heimische Baum- und Straucharten konzentriert. Das finden wir gerade in diesem Landschaftsraum auch ganz besonders wichtig, auch wenn das jetzt nicht rechtlich verbindlich ist, weil es faktisch keinen Eingriff darstellt. Dieser Anregung möchten wir gerne folgen und fänden das einfach gut. Es ist auch gewünscht, dass der Gemeinderat diesem VEP zustimmt. Insofern denken wir, dass der Vorhabenträger den Anforderungen des Gemeinderates ein Stück weit entgegenkommen kann. Wenn unser Antrag heute nicht durchkommt, werden wir uns enthalten in der Hoffnung, dass sich noch etwas verbessert bis zur Satzung. Wenn er aber durchkommt, können wir zustimmen und begrüßen auch diese Standortserweiterung.

Stadtrat Dr. Fischer (KULT): Wir reden hier über einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan. Im Moment haben wir gerade so eine Umweltdebatte geführt. Erst einmal muss man diesen Plan würdigen. Das beginnt für mich damit, dass der Vorhabenträger, die Firma Physik Instrumente, ein hervorragendes Unternehmen ist hier in dieser Stadt, ein Vorbild auch für die Gründerszene. Wir wissen alle, dieses Unternehmen ist keine 50 Jahre alt, sondern deutlich jünger und hat es schon geschafft, sich dort so zu positionieren, auch auf dem Markt, dass die jetzt erweitern müssen. Das begrüßen wir erst mal. Vor allem begrüßen wir, dass sowohl das Unternehmen als auch die Wirtschaftsförderung, also die Stadtverwaltung, dafür gesorgt hat, dass die da Erweiterungsfläche gleich vor Ort haben. So stelle ich mir das eigentlich vor. Meine Fraktion ist sehr dankbar, dass das funktioniert. Ein gutes Beispiel für Wirtschaftspolitik der Stadt Karlsruhe.

Das Vorhaben an sich vom Baulichen ist akzeptiert, wenn auch zu bedauern ist, dass das Unternehmen nicht auf die Vorschläge des Gestaltungsbeirats eingegangen ist, der

sehr funktionale Verbesserungsvorschläge gemacht hat, die jetzt leider nicht zum Tragen kommen. Vielleicht überlegt sich das Unternehmen auch noch mal, ob man nicht doch darüber nachdenkt, dass eine Adressbildung, wie es der Gestaltungsbeirat auch gefordert hat, sich für ein Unternehmen in so einer exponierten Lage wirklich lohnt. Die sitzen ja wirklich auf dem Präsentierteller an der Autobahn. Sie sind nicht nur auf dem Präsentierteller für sich selbst, sondern sie sind auch das - ich sage jetzt mal - Naming Unternehmen an dieser Stelle, die überhaupt diesen ganzen Bebauungsplan an der Ochsenstraße langsam doch zu einem Erfolgsmodell machen wird.

Jetzt noch ein paar Sätze zu dem Thema Umwelt oder Naturschutz. Ich frage jetzt einmal dagegen, was wäre denn, wenn wir wirklich dem folgen und würden Monitoring vorschlagen. Ein richtig gutes Monitoring kostet, das wird auch begründet in den Erklärungen der Stadtverwaltung vom Umweltamt. Es kostet richtig Geld, denn Sie müssen da jeden Tag jemand rumschicken, der morgens anfängt die Viecher zusammen zu sammeln, die an die Scheiben geflogen sind. Dann kommt nach zwei Jahren heraus, Frau Lisbach hat das vorhin auch gesagt, wir müssen das machen und die ganze Scheibe wieder austauschen. Was Unsinnigeres kann ich ja nicht machen. Es gibt doch nichts Besseres für das Unternehmen, als jetzt sofort die richtigen Scheiben einzusetzen. Das ist die Meinung meiner Fraktion. Ansonsten freuen wir uns über diesen vorhabenbezogenen Bebauungsplan, dass sich dieses Gebiet entwickelt. Es gab lange Zweifel daran, aber es entwickelt sich. Glückauf für dieses Projekt.

Stadtrat Høyem (FDP): Karlsruhe ist eine Wirtschaftsstadt, und Karlsruhe soll auch in Zukunft eine Wirtschaftsstadt bleiben und das weiter entwickeln. Man wird ein bisschen müde, wenn wir über eine lange Zeit, gerade hier, eine Entwicklung gerne haben wollen, dann haben wir in diesem Saal immer Leute die sagen, ja, das ist vielleicht gut, aber, aber, aber. Wir sagen ja mit Freude und nicht mit aber.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Auch wir von der AfD, ich besonders als Physiker, freuen uns natürlich, dass die Firma Physik Instrumente hier in Karlsruhe so erfolgreich ist und da jetzt ein neues Gebäude gebaut wird, was viele zusätzliche hochqualifizierte Arbeitsplätze für Karlsruhe und die Region bedeutet. Wenn eine Firma so erfolgreich ist, muss es aber letztendlich unerheblich sein, ob die Glasfassade jetzt 250.000 Euro mehr kostet oder nicht. Das wird im Vergleich zu dem gesamten Projekt nicht wirklich ins Gewicht fallen. So gesehen denke ich, dass wir hier im Gemeinderat alle einer Meinung sind. Wir freuen uns. Es geht nur darum, wie die Glasfassade gestaltet werden soll. Da könnte man schon von einer Firma erwarten, die so erfolgreich ist, dass sie da gewisse Zugeständnisse macht. Deswegen werden wir uns dem Antrag der Grünen anschließen.

Der Vorsitzende: Ich habe jetzt noch Herrn Stadtrat Wenzel. Gab es von den anderen noch Wortmeldungen. - Herr Stadtrat Wenzel, Sie haben das Wort.

Stadtrat Wenzel (FW): Wer hat denn behauptet, dass er gegen diese Bebauung ist - kein Mensch. Wir wollen, dass es dort bebaut wird. Wir wollten bloß der Firma ganz einfach eine Grundlage geben. Da die Grünen wahrscheinlich zeitgleich wie ich den Antrag gestellt haben, brauchen wir nur einmal abstimmen, wenn wir den Antrag der Grünen abstimmen. Das kommt auf das Gleiche heraus.

Ich möchte trotzdem zu Herrn Brenk noch zwei, drei Worte sagen. Herr Brenk, wir haben hier Vogelzug und nicht Straußen- oder Emuzug. Da spielt die Autobahn überhaupt keine Rolle. Vögel fliegen nun mal und werden von gewissen Reflektionen usw. angezogen. Es besteht für die Firma jetzt die Möglichkeit zu reagieren. Viel schlimmer wäre es doch, wenn sie im Nachhinein reagieren müssen. Wir sind doch alle froh, wenn dort gebaut wird. Es ist doch so wie bei Ihnen, wenn Sie bauen wollen und merken nach einigen Jahren, hoppla, da sind Verbesserungen notwendig, dann ist das wesentlich teurer. Dass natürlich die Umweltverbände den Vogelschlag als wichtiges Thema sehen ist klar. Es sind deswegen schon ganze Projekte gestoppt worden. Das wollen wir gar nicht. Wir wollen keinen Stopp, wir wollen einen Hinweis geben. Das ist meine Intention gewesen. Ich bin auch nicht sicher, dass es 200.000 Euro sind oder 50.000 Euro. Es wird wahrscheinlich viel, viel weniger sein, wenn man sich in die Materie hinein bewegt. Das war die Intention. Wie gesagt, meinen Antrag kann ich zugunsten der Grünen fallen lassen. Er geht ja in die gleiche Richtung.

Der Vorsitzende: Ich stelle erst einmal fest, dass sich jeder hier freut, dass diese Firma so erfolgreich ist und jetzt im Rahmen der Möglichkeiten der Erweiterung dieses auch tut, und zwar auch in einer wirtschaftlichen Situation, dass sie das möglichst schnell und zügig tun will. Das ist für unseren Standort und für diese Firma eine super Sache. Sie erweitert auch am vorhandenen Standort und sucht sich nicht irgendeine andere Ecke, wo vielleicht die eine oder andere Schwierigkeit nicht ist. Auch das ist erst mal ein tolles Bekenntnis. Das sehen Sie alle genau so.

Jetzt ist die Frage, inwieweit wir das Recht haben Vorkehrungen zu fordern im Rahmen einer Bebauungsplanaufstellung, die auf der Grundlage noch nicht gesicherter Erkenntnisse möglicherweise sinnvoll sind bei gleichzeitiger Beachtung dessen, was uns die Gutachter bescheinigen. Selbst wenn dieser Vogelschlag auftritt, kann man auch noch durch anschließende andere Maßnahmen dem begegnen. Das ist, wenn ich das richtig verstanden habe, der Grund, warum wir diese Auflage hier als rechtswidrig einschätzen, weil es

- a) nicht ausreichend Erkenntnisse dafür gibt und
- b) selbst wenn diese Erkenntnisse in einer befürchteten Weise eintreten, es dann auch noch andere Möglichkeiten der Minimierung oder Vermeidung gibt.

Jetzt ist die Frage, ob wir als öffentliche Hand uns sozusagen anmaßen sollten zu sagen, dann kommt es vielleicht der Firma am Ende viel teurer, dann schützen wir sie jetzt vielleicht schon mal oder ob wir da im Grunde in eine Entscheidung eingreifen, die letztlich das Risiko und auch die Entscheidung der einzelnen Firma ist. Grundlage im Haus ist wiederum, auch da sind wir uns alle einig, dass der Vogelschlag dort ein Thema ist, und dass das Thema Vogelschutz auch dort behoben werden muss. Aber der Weg ist eines, wo es verschiedene Wege gibt, und wo letztlich die Firma ein Stück weit für sich entscheiden muss. Ich würde von daher Ihren Wunsch, dass man sich da rechtzeitig und auch noch einmal hinweisend auf Möglichkeiten mit der Firma auseinandersetzt, gerne übernehmen, aber nicht in der Form, dass wir das jetzt hier in diesen Aufstellungsbeschluss mit hineinschreiben, denn das ist aus unserer Sicht rechtlich so nicht haltbar.

Das ist die Kernaussage dessen, was in unseren Stellungnahmen steht. Ein Antrag ist zurückgezogen. Insofern können wir jetzt in die Abstimmung einsteigen. Ich rufe zunächst den Änderungsantrag der Grünen auf und bitte hier um das Kartenzeichen. - 18 Zustimmungen, 7 Enthaltungen, 21 Ablehnungen. Die Mehrheit hat dann den Änderungsantrag abgelehnt.

Dann kommen wir zur Beschlussvorlage der Verwaltung. Da bitte ich um das Kartenzeichen. - 10 Enthaltungen, der Rest ist Zustimmung. Vielen Dank für diese Unterstützung für ein wichtiges Vorhaben einer wichtigen Firma hier in der Region und vor allem in der Stadt.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -
13. Januar 2016